

DKP-BETRIEBSZEITUNG DER EBV-SCHACHTANLAGE "WESTFALEN" AHLEN/WESTF./MÄRZ 74

Forderungen müssen voll erfüllt werden

Die Kumpels unserer Schachtanlage haben zur Lohnrunde 1974 ein klares Wort gesprochen. Auf den Mitgliederversammlungen der IGBE in Ost und in Süd wurde die Forderung nach einer Mindestlohnerhöhung von 180 bzw. 170 DM und eine spürbare Erhöhung des Weihnachtsgeldes erhoben. Am 15. März haben sich der Hauptvorstand und die Große Tarifkommission auf die Forderung von 16 % Lohnerhöhung und ein 13. Monatseinkommen für alle Bergarbeiter festgelegt.

Für die Lohnrunde 74 muß in Erinnerung gebracht werden, daß die Lebenshaltungskosten für 1973 um mehr als 8 % gestiegen sind und für 1974 mit einem Preisanstieg von 10-12 % gerechnet wird. Hinzu kommt die Lohnsteuerprogression und die Erhöhung der Sozialabgaben.

Zum anderen ist die Schichtleistung im Steinkohlenbergbau bei verringerter Belegschaft von 4.094 kg im Jahre 1972 auf 4.143 kg im Jahre 1973 gestiegen.

Das Vorstandsmitglied der Ruhrkohle AG, Heinz Kegel, bescheinigt den Bergleuten, daß sie im Lohn gegenüber anderen Industriezweigen zurückgeblieben sind, während die Ruhrkohle AG ihre zweimalige Preiserhöhung im Jahre 1973 von insgesamt 12 % mit gestiegenen Lohnkosten begründete.

Auch für 1974 kündigt die RAG bereits Preiserhöhungen an. Das zur Begründung die gestiegenen Lohnkosten wieder herhalten müssen, ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Wie auch die Lohnrunde im öffentlichen Dienst und anderen Industriezweigen dazu herhalten muß, daß in diesem Jahr die Preise um 10 - 12% steigen werden. Wie aber die angebliche Lohn-Preis-Spirale in Wirklichkeit aussieht, zeigt nachfolgendes Beispiel:

Bekanntlich betrug im Dezember 1973 die zweite Preiserhöhung der RAG 7,2 %. Diese Erhöhung, berechnet für eine Tonne Kraftwerkskohle (also billigste Sorte) bedeutet eine Mehreinnahme von 6,70 DM pro Tonne.

Wenn die Preiserhöhung 6,70 DM pro Tonne beträgt und wir die Schichtleistung von 4.143 to

Fortsetzung nächste Seite



Ach, war das wieder ein schweres Jahr, und das neue droht noch schlimmer zu werden



Liebe Kollegen!

Bei den letzten Kommunalwahlen, besonders in Hamburg, haben enttäuschte SPD-Wähler dieser Partei den Rücken gekehrt. Doch war das wirklich ein - wie die bürgerlichen Zeitungen schreiben - "Warnsignal ?" Ich meine nein ! Was tut's wenn ein paar zigtausend Stimmen mehr, statt zur SPD, zur FDP oder gar zur CDU hinwandern. Den Herrschenden, denen, die hierzulande die wirkliche Macht ausüben, macht es gar nichts. Schlimmstenfalls wechseln sie ihre Geschäftsführer (sprich Bundeskanzler) in Bonn.

Wie auswechselbar da alles ist zeigt nicht zuletzt der Übertritt des einstigen SPD-Superstars und Ministers Schiller zur CDU. Bleibt doch wohl zu fragen, wieviele Schiller hat denn die SPD noch in ihren Führungsgremien ?

Nein, Arbeiter und Angestellte, die in immer stärkerem Maße mit der Politik der SPD-Führung mit der Haltung Willy Brandts unzufrieden sind, können sich nicht - auch nicht aus Protest - der FDP und CDU hinwenden, es sei denn, sie wollen vom Regen in die Traufe.

Wer ein "deutliches Signal setzen" will, der muß schon DKP wählen. Vom Großkapital registriert wird lediglich ein Anwachsen von DKP - Stimmen. Das scheucht die Mächtigen auf. Umso mehr Grund dafür, es bei den nächsten Kommunalwahlen in NRW zu versuchen.

Erhard Witulski

FORTSETZUNG VON SEITE 1

zugrunde legen, so errechnet sich alleine daraus eine Mehreinnahme von:

6,70 DM x 4.143 to = 27,76
pro Mann und Schicht.

Soviel verdiente die RAG in diesem Fall pro Mann und Schicht alleine an der Preiserhöhung von Kraftwerkskohle. Nicht anders ist es beim EBV. Die Lohnerhöhung vom Juli 73 brachte der Spitzenlohngruppe (11) ganze 5,86 DM. Die Preiserhöhung macht also mehr als das Vierfache aus.

Darum sind wir der Meinung, daß eine reine Lohnerhöhung von mindestens 15 Prozent (ohne die sog. "Extras") erfolgen muß.

Die Bergbaubeschäftigten sind auf der Lohnskala gegenüber anderen Berufszweigen in den zurückliegenden Jahren weiter abgerutscht. Die Aussagen führender Funktionäre unserer Organisation in den letzten Monaten beinhalten, daß eine spürbare Besserstellung der Bergarbeiter erforderlich ist. Dabei sollte nicht vergessen werden: Unter Berücksichtigung der bereits erfolgten und noch zu erwartenden allseitigen Preissteigerungen - der Lohnsteuerprogression, erhöhter Sozialbeiträge usw. - würde bei 15 % mehr Lohn und Gehalt lediglich eine weitere Reallohnsenkung verhindert.

verantw.: e. witulski, ahlen, kastanienweg
druck: schreibstube groß, dortmund



Nur noch 0,1 to. dann hat bei uns die pro Mann und Schichtleistung vier Tonnen erreicht. Die Tagesförderung liegt bereits über 8.000 to. Der Vorstandvorsitzende des E.B.V. Dr. Bellingrot hat in einem Vortrag vor der Industrie- und Handelskammer die Kohle für wieder wettbewerbsfähig gehalten und die Meinung geäußert, es sei vernünftiger, statt die Kohlenförderung auf 83 Mill. to. zu senken, die jetzige Förderung von 100 Mill. to. zu stabilisieren und später auf 120 Mill. to. zu steigern. Diese späten Erkenntnisse des "Fachmannes" decken sich fast mit den Ansichten, die wir Kommunisten schon immer und nicht erst seit der sogenannten "Ölkrise" verfochten haben. Diese Ansichten führen uns aber auch vor Augen, wie kurzsichtig und laienhaft die Energiepolitik der Bundesregierung angelegt ist. Darum - wundert es, daß sich einige Funktionäre der IGBuE mit ihren Ansichten immer wieder an die Rockschösse der Regierung hängen. So zum Beispiel auf der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Süd, wo ein Kollege die Forderung nach einer Lohnerhöhung von sage und schreibe 11 % verteidigt hat. Ein anderer hatte ausgeknobelt, daß Kumpels mit der Lohngruppe 8 einen Stundenlohn von 7,19 DM haben und damit schon jetzt einen guten Platz in der Lohnskala einnehmen.

Die Forderungen der IGBuE liegen jetzt klar auf dem Tisch: 16 % mehr Lohn und Gehalt, mehr Weihnachtsgeld, 1,25 DM für jede Stunde Nachtarbeit.

Diese Forderungen beweisen, daß regierungstreue Leisetreter in dieser Lohnrunde bisher nicht zum Zuge gekommen sind. Das darf auch weiterhin nicht geschehen.
Alle gestellten Forderungen sind erfüllbar. Unsere Position ist günstig wie nie.

Zum Auftakt der 750 - Jahr - Feier Ahlens



spricht in unserer Stadt, die durch die Geschichte der Arbeiterbewegung geprägt worden ist,

Herbert Mies

Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei

Donnerstag, 28. März

Saal Northoff - Speer, Ahlen, Weststr.

19,30 Uhr

IM RAHMENPROGRAMM:

Songgruppe Münster

Die Songgruppe spielt bereits ab 19 Uhr!

Es lädt ein: Deutsche Kommunistische Partei - Kreis Beckum - Ahlen

Fete war klasse!

Die erste Fete der SDAJ für junge Kumpels war eine gelungene Sache. 30 - 40 Jungen die auf Westfalen ausgebildet werden haben mit den Jungen und Mädchen der SDAJ Stunden verbracht, die so recht nach dem Geschmack junger Leute waren. Sogar die anwesenden älteren Kommunisten waren in der lustigen Scharr voll am Ball und gern gesehen.

Große Klasse ! So war die Meinung. Das müßt ihr öfter machen ! Die SDAJ kommt dieser Aufforderung bestimmt gerne nach, zumal auch viele ernste Gespräche über Ausbildung, Politik und andere Fragen geführt worden sind.
Die ersten Bande der Freundschaft zwischen jungen Kumpels und der SDAJ sind geknüpft, es geht weiter.



DKP (Alman Komünist Partisi) 'nin Yabancılar Kanunu ile ilgili 10 talebi

DKP, yabancı işçilerin işyerinde ve kamu hayatında sosyal eşitliği ve her alanda eşit haklara sahip olmaları için aktif olarak mücadele etmektedir. DKP, aşağıda gösterilen talepleri ileri sürüyor:

1. Bütün yabancı işçilere daimî oturma müsaadesi verilmelidir.

2. Mense memleketlerinin ilgili makamlarından pasaport alamıyan veya pasaport yahut pasaport yerine gecen belge ellerinden alınmış olan bütün işçi ve talebelere Yabancılar Pasaportu verilmeli dir.

3. Çalışma müsaadesi yabancı işçileri belirli bir işyerine veys bir işletmeye bağlamamalıdır.

4. Bütün yabancı talebelere tahsillerini bitirinceye kadar oturma müsaade si verılmelıdir. Devlet bursu verildiği halde yabanci talebeler eşit haklara sahig olmalı
Teşvik Kanunları'nın (BAFöG) uygulanmasında yabancı talebeler eşit haklara sahip olmalı.

5. Yabancı işçilerin memleket dışı edilmesi yasak edilmelidir. Yabancı işçileri "Rotasyon" usulüne göre tebdil etmek tehdidi gerçekleştirilmemeli.

6. Legal olmıyan bir türde çalışmaya getirtilen yabancılara oturma müsaade si verilmelidir. Yabancıları gizli türde çalışmaya getirten patron aracı ve angaje etmekle meşgul ilanlar cezalandırılmalıdır.

7. Yabancı işçilerin sonradan gelen aile mensuplarına oturma müsaade si verilmelidir.

8. Yabancılar Kanunu ile ilgili her kararname açıklanmalıdır. Kararlar ve hukukî yollar yabancıların anadillerinde yazılmalıdır.

9. Faşism, imperyalism, harba karşı, politik ve sosyal kurtuluş demokrasi ve insan hakları için savasan bütün yabancı demokratlara sığınma hakkı tanınmalıdır.
Politik, ırkî ve dinî görüşlerden askerliğini reddedenlere sığınma hakkı taninmalidir
Siğinma hakki münasebetiyle yapılan mahkem işlemleri parasiz olmalidir.
Siğinma hakkı istiyenlere ilgili makamlar tarafından avukat temin edilmelidir.

10. F A. (Federal Almanya) anayasasında F. A. 'nın vatandaşlarına politik faaliyetleri için verilen haklar eşit olarak yabancı işçi ve talebelere de verilmeli Bunlar arasında:

Toplantı hürriyeti ve birleşme hürriyeti için e sas hak.

Aktif ve pasif seçim hakkı.

İl ve ilçe temsilciliklerinde, yerli ve yabancı vatandaşlar sayısına göre katıldığı (paritet bir şekilde teşekkül edilen) ve üyeleri eşit şekilde dilekçe yapma haklarına sahip olan komiteler kurulmalı. Yabancı grupların temsilcileri kend demokratik örgütleri tarafından tayin edilmelidir; bu komitelerde sendika, parti ve demokratik gençlik örgütlerinin temsilciler çalışmalıdır.

Büntün faşist parti, örgütler ve terör grupları dağıtılıp yasak edilmelidir.

Yabancı gizli servislerinin faaliyetleri yasaklanmalıdır.

Sürgünler tarafından yürütülen bütün antidemokratik radyo istasyonları kapatılmal